

ITALIEN

Auf Abruf schuften

Italien will den ersten Preis in Flexibilität gewinnen: Die Regierung Berlusconi ist derzeit dabei, den Arbeitsmarkt entsprechend zu organisieren. Die Opposition glänzt indessen mit Uneinigkeit.

Während in Frankreich und Österreich massenhaft gegen soziale Kürzungen demonstriert wird, arbeitet die Regierung in Rom zielstrebig daran, den italienischen "Arbeitsmarkt zu einem der flexibelsten in Europa" zu machen, wie Ministerpräsident Silvio Berlusconi gerne verkündet. Mit einem ganzen Paket möglicher Vertragsmodelle sollen neue, liberalisierte Arbeitsverhältnisse geschaffen werden: von Leiharbeit über Gelegenheitsarbeit bis zu Anstellungen "auf Abruf". Doch der Widerstand der Opposition bleibt verhalten. Und selbst die drei großen italienischen Gewerkschaften, die noch im Mai einen Generalstreik androhten, beschränkten sich bislang auf rhetorische Attacken.

Zudem erlitt die Opposition in der vergangenen Woche eine schwere Niederlage. Ein Referendum zur Ausweitung des Kündigungsschutzes scheiterte an einer lächerlich geringen Beteiligung. Mit einer Änderung des so genannten Artikels 18, eines Passus aus einem Gesetz von 1970, sollte das Recht der Arbeitnehmer, bei einer ungerechtfertigten Kündigung wieder angestellt zu werden, auch auf die Angestellten in kleinen und mittleren Betrieben ausgeweitet werden. Das betrifft immerhin rund drei Millionen Menschen. Doch nur 25,7 Prozent der Wahlberechtigten nahmen an der Volksabstimmung teil. Der Artikel 18 bleibt also unverändert.

Zerstrittene Opposition

Ein Grund für die Niederlage war die schlechte Vorbereitung des Referendums. Darüber hinaus war man sich selbst innerhalb der Mitte-Links-Opposition nicht einig. Lediglich die Grünen, Rifondazione comunista, die Partei der italienischen Kommunisten, und der linke Flügel der Linksdemokraten, der größten Partei im Olivenbaum-



Müder Staatschef, der dafür sorgen will, dass sich seine Landsleute künftig noch flexibler auf dem Arbeitsmarkt verkaufen. (Foto: epa)

Bündnis, unterstützten das Referendum. Die großen Gewerkschaften CISL und UIL sowie prominente Oppositionspolitiker warben dafür, mit "Nein" zu stimmen. Die Probleme der kleinen Betriebe seien besser im Parlament zu bewältigen, meinte Piero Fassino, Generalsekretär der Linksdemokraten. So zeigte das Referendum vor allem, wie zerstritten die italienische Opposition ist.

Der Ausgang der Abstimmung könnte weit reichende Konsequenzen haben. Schon zuvor hatte der Vorsitzende des Industrieverbandes Confindustria, Antonio D'Amato, angekündigt, nach einem "Nein" der Italiener werde man über weitere Einschrän-

kungen beim Kündigungsschutz verhandeln. Dann werde es leichter sein, "eine Lösung zu finden, um den Betrieben Neueinstellungen zu erleichtern und somit Arbeitslosigkeit und Schwarzarbeit zu bekämpfen". Der Kündigungsschutz sei nun nicht länger ein Tabu, kommentierte ein Staatssekretär aus dem Sozialministerium das Abstimmungsergebnis: "Ein Großteil der Italiener hat gezeigt, dass die in Artikel 18 enthaltenen Rechte nicht als fundamental erachtet werden."

Als empfindlicher könnten sich die Italiener erweisen, wenn es um die Rente geht. Derzeit arbeitet die Berlusconi-Regierung an einer Reform

der Altersversorgung. Im Gespräch sind die Anhebung der Lebensarbeitszeit sowie die Abschaffung der in Italien üblichen zusätzlichen Abfindungen für Pensionäre. Spätestens wenn die Regierung die Renten für zwei Jahre einfrieren möchte, könnten die Gewerkschaften auf die Barrikaden gehen. Doch noch hält sich der zuständige Sozialminister Roberto Maroni zurück. Denn das Thema der Rentenreform ist auch für Berlusconi nicht ohne Brisanz: In seiner ersten Regierungszeit hatte 1994 die Ankündigung, an den Renten sparen zu wollen, einen Generalstreik ausgelöst. 1,5 Millionen Menschen demonstrierten damals in Rom, die Lega Nord trat aus der Koalition aus.

Allerdings bestehen einige Unterschiede zur heutigen Situation. Berlusconi verfügt nun auch ohne die rassistische Partei von Umberto Bossi, der in der vergangenen Woche mit der Aussage, man müsse mit Kanonen auf Flüchtlingsboote schießen, wieder auf sich aufmerksam machte, über eine parlamentarische Mehrheit.

Immerhin, Gegenwind erfuhr Berlusconi von der italienischen Presse. Anfangs streikten die Mitarbeiter der Zeitungen und Presseagenturen. Auch die Journalisten der staatlichen Radio- und Fernsehsender (Rai) beteiligten sich eine Woche später an dem Ausstand. Ihre Begründung war ungewöhnlich; der Journalistenstreik richtete sich nicht gegen Lohnkürzungen, sondern gegen den wachsenden Einfluss der Politik und der Zensur auf die Medien.

Streik als unzivilisiertes Mittel

Auslöser war der Rücktritt von Ferruccio De Bortoli als Chefredakteur des konservativen Corriere della Sera. Zwar nannte er "persönliche Gründe" für seinen Rücktritt. Doch wahrscheinlicher ist, dass er dem Druck der Regierung nicht länger standhalten konnte. Der Nationale Presseverband FNSI, der zu dem Generalstreik aufrief, hält die Situation im gesamten Informationssektor für "äußerst be-

denklich". Eine Mobilisation dieses Ausmaßes sei notwendig gewesen, um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit zu erwecken.

Erfolgreich verlief der Streik der Alitalia-Angestellten, die Anfang Juni den italienischen Flugverkehr weitgehend lahm legten. Neben den Piloten und dem Bordpersonal streikten auch die Beschäftigten auf allen wichtigen Flughäfen des Landes. An einigen Orten schlossen sich außerdem die Fluglotsen den Protesten gegen eine Liberalisierung des Flugverkehrs an.

Zehntausende Passagiere mussten wegen des Ausstandes auf dem Boden ausharren. Die italienischen Medien sprachen von einer "merkwürdigen Epidemie", die unter den Hostessen und Stewards der Alitalia ausgebrochen war. An den Streiktagen gingen täglich rund tausend Krankmeldungen ein – das betraf etwa die Hälfte des Bordpersonals. Alitalia versicherte daraufhin, den Forderungen der Streikenden nachzukommen und das Kabinenpersonal nicht wie geplant zu reduzieren.

Die italienische Regierung verurteilte die Proteste als "unzivil und ungerechtfertigt". Carlo Giovanardi, Minister für die Beziehungen mit dem Parlament, kündigte an, dass die Verantwortlichen festgestellt werden, um gegen sie strafrechtlich vorzugehen. Die Staatsanwaltschaft in Rom ermittelt inzwischen, ob sich die Angestellten strafbar gemacht haben, die von der "Epidemie" angesteckt wurden.

Ministerpräsident Silvio Berlusconi nutzte unterdessen die Streiks für ein absurdes Alibi. Als der Präsident der Banca d'Italia, Antonio Fazio, vor einem weiteren Sinken des italienischen Wirtschaftswachstums warnte, gab der Regierungschef die Schuld gleich weiter: "Jeder sollte seine Verantwortung wahrnehmen zugunsten einer höheren Produktion und nicht die Arbeit niederlegen bei einem Streik, der Folgen für die nationale Wirtschaftsbilanz hat."

Wibke Bergemann

Avis

MINISTERE DES TRAVAUX PUBLICS

ADMINISTRATION DES BATIMENTS PUBLICS

DIVISION DES TRAVAUX NEUFS

AVIS D'ADJUDICATION

Le **lundi 21 juillet 2003 à 10:00 heures** du matin, il sera procédé aux bureaux de l'administration des Bâtiments publics, 10, rue du St-Esprit à Luxembourg, à l'ouverture des soumissions concernant

1) les travaux d'enduits

Envergure de l'objet:

Phase 8a: 1.850 m² d'enduits muraux

Phase 8b: 1.750 m²

d'enduits muraux

Phase 10: 2.500 m²

d'enduits muraux

Les travaux sont adjugés en bloc à prix unitaires.

La durée totale des travaux est de

20 jours ouvrables pour la phase 8a à débuter en octobre 2003

20 jours ouvrables pour la phase 8b à débuter en octobre 2004

30 jours ouvrables pour la phase 10 à débuter en octobre 2006

2) les travaux de revêtement en tapis plain

Envergure de l'objet:

400 m² de tapis plain

Les travaux sont adjugés en bloc à prix unitaires.

La durée totale des travaux est de 8 jours ouvrables à débuter en septembre 2003

3) les travaux de revêtement de sol en linoléum

Envergure de l'objet:

Phase 8a: 650 m² de revêtement de sol en linoléum

Phase 8b: 550 m² de revêtement de sol en linoléum

Phase 10: 790 m² de revêtement de sol en linoléum

Les travaux sont adjugés en bloc à prix unitaires.

La durée totale des travaux est de

10 jours ouvrables pour la

phase 8a à débuter en

novembre 2003

10 jours ouvrables pour la phase 8b à débuter en novembre 2004

12 jours ouvrables pour la phase 10 à débuter en octobre 2006

4) les travaux chapes

Envergure de l'objet:

chapes flottantes: 1.150 m².

Les travaux sont adjugés en bloc à prix unitaires.

La durée totale des travaux est de 15 jours ouvrables à débuter en octobre 2003

à exécuter dans l'intérêt du Lycée classique de Diekirch - transformation Lycée/Internat.

Les amateurs sont tenus

d'introduire leur candidature écrite au moins 1 jour ouvrable avant de retirer le dossier de soumission à

l'Administration des

Bâtiments publics

"Soumissions"

Boîte Postale 112

L-2011 Luxembourg

Télécopieur: 46 19 19 - 555

Les plans, cahiers de charges et bordereaux de soumission sont à la disposition des candidats à l'adresse de l'administration au plus tôt le **jeudi 26 juin 2003**.

Les offres qui sont établies sur des bordereaux qui n'ont pas été retirés à l'adresse in-

diquée ci-avant ne sont pas prises en considération.

Les pièces conformes aux prescriptions des articles 28 et 29 du règlement grand-ducal du 2 janvier 1989 et portant l'inscription: **"Soumission pour les travaux de ... dans l'intérêt du Lycée classique de Diekirch."** doivent se trouver aux bureaux de l'administration des Bâtiments publics, 10, rue du St. Esprit à Luxembourg, avant l'heure fixée pour l'ouverture.

Luxembourg, le 24 juin 2003

La ministre des Travaux publics
Erna Hennicot-Schoepges